A1: AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt

ÄNDERUNGSANTRAG

Antragsteller*in: SJD - Die Falken

Beschlussdatum: 31.05.2024

Antragstext

Von Zeile 53 bis 59:

Ein Parteiverbotsverfahren <u>alleine reicht nicht aus, denn es</u> "beinhaltet kein Gesinnungsoder Weltanschauungsverbot, sondern ein Organisationsverbot."[3] Es braucht daher zwingend und <u>nebengleichzeitig zu</u> einem Verbot der Partei weiter<u>hin</u> die aktive Bekämpfung rechtsextremen Gedankenguts, <u>der sich</u> auf <u>allen Ebenenpolitischer wie</u> zivilgesellschaftlicher Ebene müssen alle demokratischen Akteurinnen zusammen stehen, um unsere Demokratie und eine offene und plurale Gesellschaft zu verteidigen. Uns als Jugendverbänden und Jugendringen kommt dabei eine besondere Rolle zu. Als Werkstätten der Demokratie setzten wir uns seit jeher für ebendiese plurale Gesellschaft finden kannein. Demokratiebildung – das Erlernen von demokratischen Prinzipien und der Wahrnehmung der eigenen Mitbestimmungsrechte - sind der Kern der Selbstorganisation in Jugendverbänden und Jugendringen. Diese Fähigkeiten in Individuen zu stärken ist Voraussetzung einer demokratischen Gesellschaft und Voraussetzung für eine kritische Auseinandersetzung mit dem aufkommenden Rechtsextremismus.

Ein Parteiverbotsverfahren kann es daher <u>nicht ohne die die Stärkung der</u> <u>Zivilgesellschaft geben</u>, u.a. <u>nicht ohne</u> die <u>weitere</u> Stärkung der politischen (Jugend)bildung und die weiterhin dringend notwendige Jugendarbeit <u>gebensind</u> essentiell dafür.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

A1: AfD-Parteiverbotsverfahren jetzt

ÄNDERUNGSANTRAG

Antragsteller*in: DIDF-Jugend

Beschlussdatum: 05.06.2024

Antragstext

Nach Zeile 59 einfügen:

Dazu gehört auch die Benennung und Bekämpfung der sozialen Ursachen für den Rechtsruck: die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die zunehmenden Sparmaßnahmen der Bundesregierung verstärken die Perspektivlosigkeit auch unter jungen Menschen und schafft damit den Nährboden, auf dem sich rassistische Parteien wie die AfD als "Alternative" präsentieren und Menschen mit Migrationshintergrund als Sündenböcke darstellen können. Entscheidend ist dabei, sich für bessere Arbeits-, Lernund Lebensbedingungen für junge Menschen gemeinsam und unabhängig von der Herkunft einzusetzen - als entscheidendes Bollwerk gegen den Rechtsruck.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.